72. Jahrgang. № 279 Freitag, 15. Juni 1928

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 15. Juni 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mark. Postbezugspreis für Monat Juni 3.40 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig. Außerhalb Dresdens 15 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 300 Pfg., außerhalb 350 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle Marienstraße 38/42
Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Das neue Reichstags-Präsidium.

Wachsender Widerstand gegen die volksparteiliche Forderung auf Große Koalition in Preußen.

Löbe, Esser (Ztr.), Kardorff (D.V.P.) und Gräf (D.N.)

Große Interesselosigkeit.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 14. Juni. Die zweite Sitzung des neuen Reichstags steht im Zeichen eines wesentlich herabgeminderten Interesses. Die Publikumstribünen weisen große Lücken auf, die Diplomatenloge ist völlig leer und auf den Regierungsestraden, wo gestern in drückender Fülle sich die leitenden Beamten der Ministerien versammelt hatten, ist heute sehr viel Raum frei. Während gestern das Auswärtige Amt noch durch den Staatssekretär v. Schubert vertreten war, wohnt der heutigen Sitzung lediglich der Privatsekretär Dr. Stresemanns, Konsul Bernhard, bei. Auf der Bank des Reichsrates sieht man den sächsischen Gesandten Dr. Gradnauer, später einige weitere Mitglieder des Reichsrats. Bevor der Alterspräsident Bock die Glocke zum Zeichen der Eröffnung schwingt, führt er eine lange Unterhaltung mit dem jugendlichen kommunistischen Schriftführer Torgler, der, beide Hände in den Hosentaschen, dem alten Herrn zugleich die Respektlosigkeit kommunistischer Jugend vor dem Alter demonstriert. Allmählich füllen sich die Bankreihen der Abgeordneten. Kein Mensch achtet auf das, was der 82jährige Mann auf der Präsidententribüne sagt.

Erst als der frühere unabhängige Führer und Lenker mancher blutigen Straßenschlacht in Berlin gegen die damaligen Mehrheitssozialisten, Herr Dittmann, die Wahl Löbes zum Präsidenten vorschlägt, konzentriert sich das Interesse auf die Dinge, die man erledigen soll. Aus den Ecken der Kommunisten und National-Sozialisten ertönen laute Rufe und Zwischenbemerkungen. **In der halben Stunde, die die Abstimmung erfordert, dokumentiert das Haus wieder, daß ihm jeglicher Sinn für Würde und für die Repräsentationsverpflichtungen einer Volksvertretung fehlt. Lebhafteste Unterhaltung, vermischt vielfach mit breitem Gelächter, liegt über dem Saal.** Als nun ein Regenschauer das Tageslicht dämpft und ein Witzbold die spaßhafte, schnell durch alle Bankreihen eilende Bemerkung macht, daß, wenn Löbe gewählt werde, sich selbst die Sonne verdunkele, steht das Abgeordnetenparkett im Zeichen unbändiger Heiterkeit.

Herr Löbe wird gewählt. Seine Fraktionskollegen rufen Bravo und klatschen in die Hände, als der kleine behäbige Herr den Alterspräsidenten ablöst. Ueber sein Gesicht, das eben noch so viel Heiterkeit strahlte, legt sich eine ernste Amtsmiene, als er nun zu längerer Rede darüber, wie er sein Präsidentenamt auffaßt, ausholt. Unleugbar geschickt vermischt Löbe Parlamentsreformpläne, deren Notwendigkeit niemand bestreitet, und die allen einleuchten, mit politischen Wünschen, denen man auch nur von allen Seiten des Hauses zustimmen kann. Den Ruf, daß er ein geschickter routinierter Mann auf dem Präsidentenstuhle sei, bestätigend.

Harter Abstimmungskampf. — Stichwahlen.

Berlin, 14. Juni. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer. Abg. Dittmann (Soz.) schlägt für das Amt des Präsidenten den bisherigen Präsidenten Löbe vor. (Beifall.) **Abg. v. Guérard (Z.) beantragt, die Wiederwahl durch Zuruf vorzunehmen.**

Die Wahl des Präsidenten wird hierauf durch Stimmkarten vorgenommen. Als deren Ergebnis verkündet Alterspräsident Bock, daß 446 Stimmen abgegeben worden sind, davon 318 für den Abgeordneten Löbe (Beifall), 46 Stimmen für den Abg. Thälmann (Komm.), 12 für den Abg. Dr. Frick (Natl.-Soz.) und 70 unbeschriebene Zettel. **Der Abg. Löbe ist damit zum Reichstagspräsidenten gewählt. (Beifall.) Präsident Löbe erklärt unter dem lebhaften Beifall der Mehrheit sich zur Annahme der Wahl bereit und führt aus: Zum dritten Male führt mich Ihr Wille in dieses hohe verantwortungsvolle Amt. Ich kann den Dank für dieses hohe Maß von Vertrauen nur verbinden mit der Versicherung, daß diese Erfahrungen einer fast achtjährigen Amtsführung mich befähigen sollen, die mir übertragene Aufgabe vollkommener zu lösen. Als solche sehe ich an die Wahrung der Würde des Parlamentes** (lebhafter Beifall. Zurufe b. d. Kommunisten.) — **Herr Koenen: Ich habe angenommen, daß Sie von nun an dabei helfen wollen** (Heiterkeit), **weiter die Förderung seiner Arbeiten und Unparteilichkeit nach allen Seiten des Hauses** (Beifall).

Der neue Reichstag steht vor alten Problemen, die noch nicht gelöst werden konnten: Die Prüfung des Wahlsystems, die Revision der Geschäftsordnung, um zu einer rationelleren, den modernen Bedürfnissen angepaßten Lösung zu kommen, und zur Wahrung derjenigen Verhandlungsformen, die das Volk von seiner höchsten Vertretung erwarten kann. (Lebh. Beifall; Unruhe b. d. Komm. u. Natl.-Soz.) Seit dem Jahre 1920, wo ich zum ersten Male dieses hohe Amt bekleiden durfte, sind wir politisch ein gut Stück vorwärts gekommen, **aber noch immer lastet auf uns ein schwerer Druck, die außenpolitischen Verpflichtungen, die Reparationsabgaben, die in diesem Jahre die Höchstsumme erreichen, die Besetzung deutschen Gebiets.**

Die Last dieser Kriegstribute

wird getragen vom deutschen Mittelstand, der noch immer nicht eine gesunde Grundlage für seine Existenz hat finden können, von den Angestellten und Arbeitern, die vergeblich ständige Beschäftigung suchen, bei den Bauern, deren Notlage von allen Parteien anerkannt worden ist. (Beif.) Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß in der vorliegenden Tagungsperiode es uns möglich sein wird, mit der Begrenzung der Reparationssumme, mit der Kürzung der Räumungsfristen die gesunde Grundlage zu erreichen für die Erfüllung der nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Wünsche.

Bei der nun folgenden Wahl des 1. Vizepräsidenten schlägt Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) den bisherigen Vizepräsidenten Gräf (Thüringen) vor. — Abg. Stöcker (Komm.) widerspricht diesem Vorschlag. — Abg. Koenen (Komm.) ruft „Gräf, der Hausknecht!" Präsident Löbe ruft den Abgeordneten Koenen zur Ordnung (Rufe bei den Kommunisten: Sie sind ja schnell dabei!). Präsident Löbe: Ihr Präsident Schwenk war noch schneller mit dem Ordnungsruf da (Heiterkeit!). — Abg. Dittmann (Soz.): Bei der Wahl des Präsidenten haben die Deutschnationalen weiße Stimmzettel abgegeben. Sie haben damit bekundet, daß sie nicht willens sind, den Anspruch der stärksten Fraktion auf den Präsidentenposten anzuerkennen. Aus diesem Grunde wird bei der jetzigen Wahl die sozialdemokratische Fraktion für den Zentrumsabgeordneten Esser stimmen.

Die Zettelwahl hat folgendes Ergebnis: Es sind 448 Stimmen abgegeben worden, davon 191 für den Abg. Gräf (Dn.), 187 für den Abg. Esser (Zentr.), 48 für den Abg. Thälmann (Komm.) 11 für den Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.), 2 für den Abg. Leow (Komm.), 9 Stimmzettel sind ungültig. Da kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht hat, wird nun eine Stichwahl zwischen den Abgeordneten Gräf und Esser vorgenommen, aus der **Abg. Esser (Zentr.) mit 248 Stimmen als gewählter 1. Vizepräsident** hervorgeht. Auf den Abgeordneten Gräf (Dn.) sind 148 Stimmen gefallen. Abg. Esser nimmt die Wahl an.

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten schlägt Abg. Schulz-Bromberg (D.-N.) wiederum den Abgeordneten Gräf-Thüringen (D.-N.) vor. Er bemerkt dazu, die sozialdemokratische Beschwerde sei unberechtigt, denn im Mai 1924 hätten die Sozialdemokraten gegen den Kandidaten gestimmt, den für den Präsidentenposten die Deutschnationalen als damals stärkste Fraktion vorschlugen. — Abg. Dittmann (Soz.) erwidert, die sozialdemokratische Stellungnahme im Mai 1924 sei dadurch verursacht worden, daß die Deutschnationalen es damals abgelehnt hätten, einen zum ersten Vizepräsidenten vorgeschlagenen Sozialdemokraten zu wählen. Die sozialdemokratische Fraktion schlage jetzt als zweiten Vizepräsidenten den Abg. Freiherr v. Kardorff (D. Vp.) vor. — Die Wahl ergibt 142 Stimmen für den Abg. Gräf (D.-N.), 203 für den Abg. v. Kardorff (D. Vp.), 47 für den Abg. Thälmann (Komm.), 11 für den Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.), 2 für den Abg. Geschke (Komm.). 33 Zettel waren unbeschrieben, also ungültig. Da 405 gültige Stimmen abgegeben sind, hat also, wie Präsident Löbe unter Heiterkeit und Beifall der Mehrheit feststellt, **Abg. v. Kardorff mit 203 Stimmen genau die zu seiner Wahl erforderliche absolute Mehrheit erreicht.**

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) schlägt für den Posten des dritten Vizepräsidenten nunmehr den Abg. Gräf-Thüringen (D.-N.) vor. — Abg. Koch-Weser (Dem.) schlägt Frau Dr. Bäumer (Dem.) vor, Abg. Stöcker (Komm.) den Abg. Geschke (Komm.). Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, seine Freunde hätten für den kommunistischen Kandidaten gestimmt, wenn die Kommunisten nicht gegen den Präsidenten Löbe gestimmt hätten. Nunmehr würden die Sozialdemokraten für Frau Dr. Bäumer stimmen. (Heiterkeit.) — Bei der Wahl werden 439 Zettel abgegeben, davon 199 für den Abg. Gräf (D.-N.), 150 für die Abgeordnete Frau Dr. Bäumer (Dem.), 54 für den Abg. Geschke (Komm.), 12 für den Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.), 22 Stimmen sind ungültig, 2 zersplittert. Da kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht hat, findet Stichwahl statt zwischen dem Abg. Gräf und Frau Dr. Bäumer. **Bei der Stichwahl wird zum dritten Vizepräsidenten Abg. Gräf mit 205 Stimmen gewählt.** Abg. Frau Dr. Bäumer erhielt 167 Stimmen. Abg. Gräf ist nicht im Saale anwesend.

Als der Präsident den nächsten Punkt der Tagesordnung aufruft, kommt es zu einem Zwischenfall auf der Publikumstribüne. Dort ruft ein Mann: Wir Arbeitslosen protestieren dagegen, daß der Reichstag . . . (Der Rest seiner Rede war nicht zu verstehen.) Der Zurufer wird auf Anordnung des Präsidenten von der Tribüne entfernt. — **Gegen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Christlich-Nationalen wird dann der kommunistische Antrag angenommen, daß der kommunistische Abgeordnete Kippenberger während der Tagungsdauer des Reichstages aus der Haft zu entlassen ist.** — Um 5¼ Uhr Vertagung auf Freitag 3 Uhr.

Abg. Gräf wird sich erst am Freitag nach Rücksprache mit seiner Fraktion entscheiden, ob er die Wahl zum 3. Vizepräsidenten annimmt.

Wandlungen in Sachsen.

Der kommunistische Antrag, in Würdigung der Ergebnisse der Reichstagswahl den Sächsischen Landtag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, ist, wie vorauszusehen war, von der Mehrheit der Regierungsparteien abgelehnt worden. Mit gutem Recht! Denn weder nach der Verfassung noch nach dem gesunden Menschenverstand gibt es irgendein Gesetz, das eine solche Rückwirkung der Reichstagswahlen auf die Länderparlamente zum Gebot machte. Unsere Regierungen leiden ja sowieso schon unter der mangelnden Stabilität ihrer inneren Verhältnisse, so daß der geringste Windhauch einer Krise ihren Bestand und ihre Tätigkeit in Frage stellt. Wenn nun jede Verschiebung der Stimmenverhältnisse bei der Reichstagswahl die Anpassung der Landtage zur Folge haben müßte, die nun einmal ihre eigene Gesetzgebungsperiode haben, so wäre des Wählens in Deutschland kein Ende. Sehr zum Schaden des parlamentarischen Systems, das an und für sich schon tief im Kurs der Volksachtung steht und durch unnötige Spielereien mit dem Wahlzettel nur noch mehr diskreditiert würde. Für Sachsen hat die gestrige Abstimmung im Landtage noch das Gute, daß die amtierende Regierung der Volksgemeinschaft ihre Arbeit vorläufig in Ruhe fortsetzen kann und daß Zeit gewonnen wird, um die trotzdem noch vorhandenen Regierungsschwierigkeiten mit Bedacht und Rücksicht auf die Folgen zu lösen. Und schließlich ist auch die Hoffnung berechtigt, daß die Atempause bis zur nächsten Landtagswahl von den bürgerlichen Parteien dazu benützt werden kann, um die ins marxistische Lager übergeströmten Massen davon zu überzeugen, daß die Sozialdemokratie nicht die große Helferin ist, die sie aus der Not der Gegenwart herausführen kann.

Trotzdem wäre es die gefährliche Politik des Vogels Strauß, wollte man jetzt in bürgerlichen Kreisen die Augen verschließen vor der Tatsache, daß mit der Ablehnung des Auflösungsantrages im Landtag die Lage noch keineswegs geklärt ist, daß vielmehr bedeutsame Wandlungen in der politischen Struktur Sachsens im Gange sind. Denn wenn auch die Regierungsparteien von den Altsozialisten bis zu den Deutschnationalen ihre Geschlossenheit bei dieser Abstimmung gewahrt haben, so ist es doch ein offenes Geheimnis, daß man mit der jetzigen Zusammensetzung der Regierung mehr oder weniger unzufrieden sind. Die geringste Komplikation kann also die noch schleichende Krise zum offenen Ausbruch bringen, die sich um die überragende Stellung der Altsozialisten im Kabinett Heldt dreht. Der erste Vorstoß in dieser Richtung kam von demokratischer Seite mit dem Hinweis, daß die Niederlage dieser Partei in der Wahlschlacht vom 20. Mai in Widerspruch stehe mit ihrer zweiköpfigen Vertretung im Kabinett. Also im Grunde das gleiche Argument, mit dem die Kommunisten und Linkssozialisten bei ihren Auflösungswünschen operierten, nur daß nicht so radikale Folgerungen daraus gezogen wurden. Der Wunsch, an Stelle der Altsozialisten die Führung in Sachsen zu übernehmen, mag dabei der Vater des Gedankens gewesen sein. Ernster wurde die Lage schon, als auch das offizielle Organ der Deutschnationalen, der „Sächsische Volksbote", sich dem demokratischen Verlangen nach einer Regierungsumbildung anschloß — allerdings in konsequenter Fortführung der von dieser Partei schon bei der Bildung des Kabinetts Heldt befolgten Politik. Denn schon damals hatten die Deutschnationalen nur unter schwersten Bedenken ihre Forderung nach Verringerung der Ministerien von 7 auf 5 und nach Beteiligung jeder Regierungspartei mit je einem Minister zurückgestellt, aber nicht aufgegeben. Die Neuaufrollung dieses Streites ist also nur noch eine Frage der Zeit, und sie wird zweifellos beschleunigt und kompliziert werden durch die neue Entwicklung in der Altsozialistischen Partei.

Allerdings so einfach liegen die Dinge nicht, wie herumschwirrende Gerüchte behaupten, daß nach der Spaltung der Altsozialisten in einen Berliner Niekisch-Flügel und in einen Dresdner Heldt-Flügel demnächst die Wiedervereinigung des sächsischen Teiles mit der Sozialdemokratie kommen müsse und daß dann die Große Koalition auch in Sachsen oder gar eine Neuauflage des Zeigner-Regimes die Frage der Zukunft sei. Zwar rechnungsmäßig wäre die Möglichkeit durchaus gegeben, wenn die vier Altsozialisten sich bedingungslos der Mutterpartei wieder zur Verfügung stellen würden. Aber so schnell schießen auch die Sachsen nicht. Gerade die gestrige Landtagsdebatte und insbesondere die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners, seine Weigerung, die altsozialistischen Führer je wieder in Gnaden aufzunehmen, und seine scharfe Ablehnung einer Koalitionsbildung mit bürgerlichen Parteien haben gezeigt, daß auf dem Wege zu einer sächsischen Großen Koalition nach wie vor schier unüberwindliche Hemmungen bestehen. Daß aber die Altsozialisten ihr bei der Ausschiffung von Niekisch gebrachtes Opfer des Intellekts so weit treiben würden, um zusammen mit den radikalen Genossen einer halbkommunistischen Regierung in den Sattel zu helfen, muß bei dem Charakter ihrer Führer jedenfalls bis zum Beweise des Gegenteils als ausgeschlossen gelten.

Immerhin bleibt die Tatsache, daß die Niederlage der Altsozialistischen Partei in der Wahlschlacht und die als Folge davon eingetretene Spaltung ihre führende Stellung in der Regierung und damit diese selbst fraglich gemacht hat. Wenn die Behauptung richtig ist, daß zwei Drittel der altsozialisti-